

Im Überblick ...

Zusammengestellt von Thomas Döhne

2003 weltweit höchste Anzahl von Journalisten verhaftet

Die internationale Menschenrechtsorganisation Reporter ohne Grenzen (*Reporters sans Frontiers*) hat am 26. Oktober 2004 ihre Rangliste zur Situation der Pressefreiheit veröffentlicht. Daraus geht hervor, dass im Jahre 2003 in Nepal mehr Journalisten verhaftet wurden als in allen übrigen Ländern der Welt. Im Bericht der in Paris ansässigen Organisation heißt es weiter, etwa 100 Journalisten seien im letzten Jahr von Sicherheitskräften verhaftet, gefoltert und/oder bedroht worden. Ein Journalist wurde von Maoisten getötet, ein weiterer von der Armee. Dutzende hätten Todesdrohungen wegen angeblicher Spionage für die Armee erhalten. „Es war ein schlimmes Jahr für die Pressefreiheit. Nepalesische Journalisten sind wie niemals zuvor zur Zielschei-

be der Kombattanten eines blutigen Bürgerkriegs geworden“, heißt es in dem Bericht weiter. Die internationale Rangliste zur Pressefreiheit wird seit drei Jahren von Reporter ohne Grenzen veröffentlicht. Nepal wird 2004 unter 167 Ländern auf Platz 160 gelistet, also sehr weit unten. Die Einrichtung zweier privater Fernsehkanäle, *Kantipur Television* und *Image Channel*, sowie die auf 25 gestiegene Anzahl lokaler Rundfunksender werden im Bericht positiv bewertet. Selbst in sehr abgelegenen Gebieten wie der Karnaliregion in Westnepal werden lokale Rundfunkprogramme ausgestrahlt. Auch die Maoisten verfügen über einen eigenen Sender, *Radio Janaganatantra Nepal* (Radio Volksrepublik Nepal).

Wahlen in Kriegszeiten?

Der nepalesische Ministerpräsident Sher Bahadur Deuba kündigte am 28.10.2004 an, seine Regierung werde das Waffenstillstandsabkommen mit den maoistischen Rebellen nicht verlängern. Gleichzeitig wiederholte er seine Verhandlungsbereitschaft und den Willen der Regierung, Wahlen zur Not auch in Kriegszeiten abzuhalten. Die Maoisten hatten aus Anlass des wichtigsten Hindufestes *Dasain* eine zeitlich befristete Waffenruhe vom 20. bis 28. Oktober 2004 erklärt (siehe die Meldung zu diesem Thema). Die Regierung war diesem Vorschlag nach anfänglichem Zögern gefolgt. Deuba er-

klärte am letzten Tag der Waffenruhe, es gebe keine Möglichkeit, diese fortzusetzen. Gleichzeitig bekannte er sich zur Notwendigkeit, mit den Rebellen zu verhandeln und erneuerte sein Versprechen, baldmöglichst Wahlen abzuhalten. „Es gibt keinen Anlass, die Wahlen auf unbegrenzte Zeit zu verschieben, selbst wenn es in den nächsten zehn Jahren nicht zu Friedensverhandlungen kommen sollte“, sagte er weiter und kündigte an, die Regierung werde die Sicherheit während der Wahlen garantieren, ohne näher darauf einzugehen, wie dies geschehen solle.

Waffenstillstand während der Festtage

Die nepalesische Regierung und die *Communist Party Nepal (Maoist)* verständigten sich kurz vor Beginn des bedeutendsten Hindufestes *Dasain* überraschend auf einen Waffenstillstand in der Zeit vom 20. zum 28. Oktober. Der stellvertretende Ministerpräsident Bharat Mohan Adhikari signalisierte zugleich die Bereitschaft der Regierung zu neuen Verhandlungen mit den maoistischen Rebellen und sagte: „Wir haben kein Problem damit, die Maoisten von den internationalen Fahndungslisten zu streichen und ihren Status als Terroristen zu revidieren, falls sie Bereitschaft erkennen lassen, an den Verhandlungstisch zurückzukehren.“ Der Oberbefehlshaber der nepalesischen Streitkräfte, General Pyar Jung Thapa bekundete sogleich sein Missfallen über die Entscheidung der Regierung, die Militäroffensive gegen die Maoisten während der Feiertage auszusetzen und erklärte: „Wir müssen die Militäraktionen fortsetzen, um die Sicherheit im Land aufrecht zu halten und ein Klima zu schaffen, das zu einer Lösung des Problems beiträgt.“ Nach seiner Auffassung haben die Militäraktionen dazu beigetragen, dass die „Terroristen“ inzwischen demoralisiert und militärisch geschwächt seien.

... Im Überblick ...

Verschärfter Anti-Terror-Erlass in Kraft

Die nepalesische Regierung hat den 2002 eingeführten Anti-Terror-Erlass (TADO) wieder offiziell in Kraft gesetzt. Nach Angaben von Oppositionspolitikern und Menschenrechtlern, die den Erlass vehement kritisieren, sind darin noch schärfere Bestimmungen enthalten als bisher. Am 19.10.2004 hat König Gyanendra den umstrittenen Erlass auf Empfehlung des Ministerrats erneut verkündet. Artikel 9 des Erlasses besagt, dass jede verdächtige Person von Sicherheitsbeamten bis zu ein Jahr lang in Vorbeugehaft genommen werden kann. Bisher war dies „nur“ für einen Zeitraum von 90 Tagen möglich. Die ersten sechs Mo-

50.000 nepalesische Frauen arbeiten in Golfstaaten

Obwohl die Regierung Frauen offiziell untersagt, in Golfstaaten zu arbeiten, sollen sich dort bereits etwa 50.000 nepalesische Frauen aufhalten. Diese Zahl wurde vom Minister für Information und Kommunikation Dr. Mohammad Mohsin genannt, nachdem er Mitte Oktober von einer einwöchigen Reise in die Golfregion zurückgekehrt war. „Uns wurde von den saudischen Behörden mitgeteilt, ihre Anzahl sei auf über 50.000 angestiegen. Obwohl sie keine offizielle Genehmigung haben, gelangen sie auf verschiedenen Wegen dorthin.“ Da bereits so viele Frau-

nate der Haft können nach eigenem Ermessen der Sicherheitskräfte verhängt werden. Falls die Haft um weitere sechs Monate verlängert werden soll, muss zuvor eine Erlaubnis des Innenministeriums eingeholt werden. Der Präsident des nepalesischen Journalistenverbands (FNJ), Taranath Dahal erklärte öffentlich, eine Bestimmung, nach der Personen ein Jahr lang in Vorbeugehaft gehalten werden könne, sei weltweit unerhört und eine extrem autoritäre Maßnahme der Regierung. Für die drastische Verschärfung des Erlasses hat die Regierung bisher keine offizielle Begründung abgegeben.

en dort arbeiteten, sei zu überlegen, ob es nicht sinnvoll wäre, das Arbeitsverbot aufzuheben. Mohsin gab außerdem bekannt, die Golfstaaten seien interessiert daran, weitere nepalesische Arbeitskräfte aufzunehmen. „Die Vereinigten Arabischen Emirate möchten eine Millionen weitere Arbeitskräfte aus Nepal aufnehmen“ sagte er und fügte hinzu, besonders gefragt seien Facharbeiter. Inoffizielle Schätzungen gehen davon aus, dass zurzeit bereits etwa 300.000 nepalesische Migranten in der Golfregion arbeiten, viele von ihnen illegal.

Blockade des Kathmandu-Tals

Eine zunächst unbefristet von Unterorganisationen der *Communist Party Nepal (Maoist)* angekündigte Blockade sämtlicher Zufahrtsstraßen nach Kathmandu brachte Mitte August 2004 zwei Wochen lang den gesamten Transportverkehr zum Stillstand. In den ersten Tagen der Blockade erreichte kaum ein Fahrzeug das Kathmandu-Tal. Später fuhren einige LKW-Konvois in Armeebegleitung und unter schwerer Bewachung. Der regionale Gebietsleiter der von den Maoisten ausgerufenen Gegenregierung *United Revolutionary People's Council* für die drei nahe bei Kathmandu gelegenen Distrikte Dhading, Nuwakot and Rasuwa hatte die Blockade zuvor öffentlich angekündigt und erklärt, sie sei aus Protest gegen die in Dhading erfolgte außergerichtliche Tötung mehrerer führender Mitglieder der *Communist Party Nepal (Maoist)* durch die nepalesische Armee verhängt worden. Die nepalesische Regierung entschied, die Sicherheitsstufen und -maßnahmen im ganzen Land und insbesondere entlang der Hauptzufahrtsstraßen und an sensiblen Einrichtungen im Kathmandu-Tal zu verschärfen. Von offizieller Seite hieß es, die Regierung habe Vorsorge getroffen, damit es nicht zu Versorgungsengpässen käme. Dennoch wurde in den Medien bereits die Befürchtung geäußert, es könne zu Panik und Hamsterkäufen kommen, falls die Blockade länger anhalte. Diese wurde dann jedoch von den Maoisten beendet, mit der Drohung, sie zu einem späteren Zeitpunkt erneut als Druckmittel einzusetzen.

... Im Überblick

Vereinte Nationen äußerst besorgt über Menschenrechtssituation

Wie die Nachrichtenagentur *Nepalnews* am 15.10.2004 meldet, hat der Länderbeauftragte der Vereinten Nationen (UN) für Nepal, Matthew Kahane, in Kathmandu öffentlich erklärt, dass die Menschenrechtssituation in Nepal für die internationale Gemeinschaft in höchstem Maße Besorgnis erregend sei. Auf einer Veranstaltung anlässlich des 59. Jahrestags der Vereinten Nationen sagte Kahane, den Vereinten Nationen läge eine alarmierend hohe Zahl von Berichten über „verschwundene“ Personen, außergerichtliche Tötungen, Vergewaltigungen und Folter vor.

In seiner Ansprache erneuerte Kahane das Angebot der Vereinten Nationen, alle Bemühungen um Frieden, Wahrung der Menschenrechte und Entwicklung in Nepal nach besten Kräften zu unterstützen. Der ebenfalls anwesende nepalesische Ministerpräsident Sher Bahadur Deuba sagte, die Regierung bemühe sich nach wie vor um eine Lösung der Krise auf dem Verhandlungsweg. „Die Regierung hält sämtliche Türen offen und möchte mit aller Aufrichtigkeit einen konstruktiven Dialog mit den Aufständischen suchen“.

Nepal in der Spitzengruppe korrupter Länder

Im Jahresbericht von *Transparency International* (TI), der am 15. Oktober 2004 in London veröffentlicht wurde und auf Untersuchungen von 146 Ländern basiert, zählt Nepal zur Spitzengruppe der 60 am stärksten korrupten Nationen. Diese Länder haben auf einer Skala von 10 Punkten weniger als 3 Punkte erzielt, Nepal 2,8 Punkte. Während Finnland mit 9,7 Punkte die Liste der am wenigsten korrupten Länder anführt, gefolgt von Dänemark, Neuseeland und Singapur, bilden Bangladesch, Haiti, Nigeria, Tschad, Myanmar und Paraguay die Schlusslichter. „Korruption bei großen öffentlichen Projekten ist ein bedeutendes Hindernis für nachhaltige Entwicklung. Sie führt sowohl in Industrie- wie auch in Entwicklungsländern dazu, dass öffentliche Gelder, die für Bildung, Gesundheit und Armutsminderung dringend benötigt werden, verloren gehen.“ erklärte Peter Eigen, Vorstand von TI, bei der Veröffentlichung des Berichts.

Tausende Menschen vorübergehend in Ostnepal geflohen

Nach Drohungen maoistischer Rebellen, die Verwaltungszentren der beiden in Ostnepal gelegenen Distrikte Ilam und Panchthar anzugreifen, verließen im September mehrere Tausend Menschen vorübergehend ihre Häuser und flohen in benachbarte Distrikte. Zuvor hatten die Maoisten die Bevölkerung von Ilam Bazaar und Phidim in einem Dekret aufgefordert, die beiden Handelsorte bis zum 9. September zu verlassen, weil danach jeder Zeit mit einem Angriff zu rechnen sei. Die nepalesischen Sicherheitskräfte hatten ihre Alarmbereitschaft erhöht und mitgeteilt, von offizieller Seite werde nicht mit einem Angriff in nächster Zeit gerechnet. Dennoch hatten große Teile der lokalen Bevölkerung, viele Regierungsbeamte sowie die Ärzte des Distriktkrankenhauses von Ilam Bazaar die beiden Orte verlassen. Insgesamt sollen nach Angaben von *Nepalnews* 20 000 Menschen aus beiden Distrikte geflohen sein, viele von ihnen in den Nachbardistrikt Jhapa. Als viele der Geflohenen Wochen später zurückkehrten, sollen sie von Sicherheitskräften verhöhnt und schikaniert worden sein.